



**Presseerklärung des bundesweiten Zusammenschlusses
„Gegen Gasbohren“**

06.10.2014

**Bundestreffen der Anti-Fracking-Initiativen fordert:
Fracking-Verbotsgesetz ohne Ausnahmen im Bundestag
verabschieden statt Fracking ermöglichen**

Anti-Fracking-Initiativen aus ganz Deutschland haben auf ihrem Bundestreffen in Gemen am 4./5.10.2014 klare Forderungen an die Bundesregierung gestellt. Sie verlangen von ihr, ein Fracking-Gesetz in den Bundestag einzubringen, das ein ausnahmsloses bundesweites Verbot von Fracking vorsieht. Außerdem fordern die Initiativen eine konsequente und ambitionierte Fortsetzung der Energiewende, damit der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger wie Erdgas so schnell wie möglich erfolgen kann.

Auf deutliche Kritik der Initiativen sind die Pläne von Bundes-Wirtschaftsminister Gabriel und Bundes-Umweltministerin Hendricks gestoßen, Fracking im Schiefergestein unterhalb von 3.000 m und Fracking im Sandstein unabhängig von der Tiefe zuzulassen. Die Anti-Fracking-Initiativen lehnen alle Fracking-Vorhaben, unabhängig von Tiefe und Gesteinsart aufgrund ihrer schwerwiegenden Folgen für Mensch und Umwelt ab. Forschungsbohrungen, wie sie die Gasindustrie fordert, sind für die Anti-Fracking-Bewegung ein Einstieg in die umweltgefährdende Technik und damit nicht akzeptabel. Das Eckpunktepapier der Minister Gabriel und Hendricks zu Fracking, auf dem die Fracking-Gesetzgebung beruhen soll, ist dabei ein Schritt in die falsche Richtung, der die schrittweise Einführung des gefährlichen Gasbohrens ermöglichen soll.

Gegen die Fracking-Pläne setzen die Initiativen den forcierten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien. Bei konsequenter Nutzung von Sonne, Wasser und Wind wäre die Förderung von gefracktem Gas völlig unnötig. So kann der realistisch prognostizierte Anteil von 2 – 3% des Fracking-Gases aus Schiefergestein am Energiebedarf Deutschland problemlos in wenigen Jahren durch eine engagierte Politik des Ausbaus der Nutzung erneuerbare Energien ersetzt werden. Die Initiativen fordern, die Sackgassentechnologien zur Nutzung fossiler Brennstoffe, zu denen auch Fracking-Gas gehört, aufzugeben und den Weg in eine Kohlendioxid-freie Energieversorgung zu beschreiten.

Als Mischung aus Halbwahrheiten und Irreführungen sehen die Initiativen die Pro-Fracking-Kampagne von Exxon der letzten Tage. Mit der geschickten Verwendung von Begriffen wurde die Gefährlichkeit von Frac-Flüssigkeiten heruntergespielt. Der angeblich geringe Flächenbedarf für Fracking-Bohrplätze und ihrer Infrastruktur ist mit der Realität nicht vereinbar. Und mit dem Versuch, die Förderung von radioaktivem und krebserzeugendem Lagerstättenwasser als zwangsläufige Folge des Frac-Prozesses in Abrede zu stellen, hat sich Exxon aus der wissenschaftlichen Debatte verabschiedet. Die Anti-Fracking-Bewegung appelliert an die Politik, nicht auf eine derartige Werbestrategie hereinzufallen. Es gibt keinen wissenschaftlich fundierten Nachweis, der die Unbedenklichkeit der Fracking-Methode bestätigt.

Die Anti-Fracking-Bewegung geht gut gerüstet in die nächsten Wochen. Sie fordert die Bundesregierung auf, das Drängen auf gesetzliche Regelungen zu unterlassen, die Fracking ermöglichen können. Die Anti-Fracking-Bewegung wird sich engagiert und fachlich qualifiziert für ein uneingeschränktes Fracking-Verbot einsetzen. Bereits in der letzten Legislaturperiode des Bundestages hat sie erreicht, dass eine Pro-Fracking-Gesetzgebung nicht verabschiedet wurde. Die Anti-Fracking-Initiativen sind optimistisch, dass ihnen dies wieder gemeinsam mit den zahlreichen anderen Unterzeichnern der Korbacher Resolution gelingen wird.

Weitere Informationen unter <http://www.gegen-gasbohren.de>.



Foto der Beteiligten des Bundestreffens gegen Fracking